

Niederschrift

über die 8. Sitzung
des Ausschusses für Kinder, Jugendliche und Familien
am Mittwoch, **10.06.2015**, 17:03 Uhr - 19:55 Uhr,
Raum 2/1, Stadthaus 2, Ludgeriplatz 4, 48151 Münster

Anwesend waren:

von der CDU-Fraktion

Carmen Greefrath (bis 18.48 Uhr/ TOP 12.), Jens Christian Heinemann, Teresa Küppers

von der SPD-Fraktion

Doris Feldmann (Stellvertretung von Herrn von Olberg), Anne Schulze Wintzler

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL

Jutta Möllers, Jörg Nathaus (Stellvertretung von Herrn Neubert)

von der FDP-Fraktion

Dietmar Uhlenbrock

von der Fraktion DIE LINKE.

Fatma Kirgil

von den Trägern der freien Jugendhilfe

Ernst Cluse (Stellvertretung von Herrn Braun), Stephan Degen, Jan-Christoph Horn (Stellvertretung von Herrn Messing, ab 17.10 Uhr/ TOP 1.2), Marion Kahn (Stellvertretung von Herrn Dworok), Johannes Schmanck, Wilfried Stein

beratende Mitglieder

Thomas Paal, Anna Pohl, Stephan Bommers (Stellvertretung von Herrn Schönfelder), Oliver Elferich, Norbert Hartmann, Beate Heeg, Martin Helmer, Dr. Ralf Kaisen, Michael Kaiser, Petra Kreuter (Stellvertretung von Herrn Kersken), Astrid-Maria Kreyerhoff, Thomas Lammers, Lisa Leifheit (Stellvertretung von Herrn Fröse), Heike Liebrecht (Stellvertretung von Herrn Wellmann), Maria Pinke (bis 19.22 Uhr/ TOP 12.), Felizitas Schulte (Stellvertretung von Frau Busch-Böckmann), Gudrun Sturm (bis 18.13 Uhr/ TOP 10.)

Vertreter/innen des Jugendrates

Nelia Häuser

von der Verwaltung

Gabriele Bauer, Gerd Bertling, Daniel Bracht, Oliver Braun, Gerlinde Haase, Chris Hagel, Jürgen Kemper, Sven Kentrup, Sibylle Kratz-Trutti, Karl Materla, Georg Mümken, Bernhard Paschert, Marcus Schölling, Sylvia Siewert, Nina Söhlke, Heiner Vogt, Sven Werk

für die Schriftführung

Heike Dierks

Es fehlten entschuldigt:

Ralf Bleeck, Felix Braun, Sabine Busch-Böckmann, Gerhard Dworok, Klaus Fröse, Thomas Götze, Bernd Kersken, Ulrich Messing, Karl-Heinz Neubert, Dieter Schönfelder, Robert von Olberg, Uwe Wellmann

Tagesordnung

- | | | |
|--------------------------|------|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| | 1. | Eingegangene Anträge und Eingaben |
| | 1.1. | Eingegangene Anträge an den Rat |
| | 1.2. | Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen/ GAL vom 10.06.2015 „Kindertagesbetreuung in Kitas und Offenen Ganztagschulen sicherstellen“ – Antrag zur sofortigen Beschlussfassung |
| | 2. | Berichte und Mitteilungen |
| | 3. | Anfragen von Ausschussmitgliedern |
| | 4. | Anliegen des Jugendrats |
| | 5. | Vorstellung des Jugendamtselternbeirats |
| <u>V/0269/2015</u>
IV | 6. | Grundschulentwicklung im Stadtteil Wolbeck hier: Erweiterung der Nikolaischule Wolbeck und Raumprogramm für den Neubau eines zweizügigen Grundschulgebäudes in Wolbeck (Errichtungsbeschlüsse für die Baumaßnahmen) |
| <u>V/0064/2015</u>
V | 7. | Steuerung von Leistungen mit Bezug zu Aufgaben für Arbeitssuchende (SGB II) hier: Kooperations- und Vernetzungsbericht des Planungsprozesses für 2015 |
| <u>V/0319/2015</u>
II | 8. | Dauerhafte Erweiterung um drei Gruppen der DRK Kita Meerwiese, Meerwiese 11, Münster-Coerde - Baubeschluss - |
| <u>V/0223/2015</u>
IV | 9. | 1. Dauerhafte Übernahme der Trägerschaft der städtischen Kindertageseinrichtung Hornstraße
2. Einrichtung von Planstellen in städtischen Kindertageseinrichtungen |
| <u>V/0440/2015</u>
IV | 10. | Erstattung anteiliger Elternbeiträge für streikbedingte Schließungstage im Jahr 2015 |
| <u>V/0403/2015</u>
IV | 11. | Verfahren zum Antrag "Trägervielfalt sicherstellen - Elterninitiativen unterstützen" |
| <u>V/0431/2015</u>
IV | 12. | Jugendrat der Stadt Münster – Umstellung der Jugendratswahl auf eine Onlinewahl – Änderung der Wahlordnung und Satzung |
| <u>V/0351/2015</u>
IV | 13. | Kinder- und Jugendhilfereport des Amtes für Kinder, Jugendliche und Familien für das Jahr 2014 |

<u>V/0238/2015</u> IV	14.	HZE-Bericht Münster 2012-2014 Hilfen zur Erziehung in Münster
<u>V/0349/2015</u> IV	15.	Erfahrungsbericht der Schwangerschaftsberatungsstellen im Stadtgebiet Münster und Bericht über die Entwicklung des Sonderfonds "Hilfen für Schwangere, Mütter und Kinder zum Schutz des ungeborenen Lebens" für die Jahre 2013 und 2014
<u>V/0391/2015</u> IV	16.	Inklusion als Querschnittsthema der Kinder- und Jugendhilfe in Münster
	17.	Verschiedenes

Frau Möllers eröffnete um 17.03 Uhr die 8. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Kinder, Jugendliche und Familien und begrüßte die Ausschussmitglieder, die Mitarbeiter/-innen der Verwaltung, die Presse sowie die anwesenden Zuhörer/-innen. Sie stellte die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

Die Mitglieder, die in der aktuellen Wahlperiode noch nicht an einer Sitzung des Ausschusses für Kinder, Jugendliche und Familien teilgenommen hatten und die nicht dem Rat angehören, bat Frau Möllers zur Verpflichtung an den Vorstandstisch. Dies galt auch für Mitglieder, die erstmals in Vertretung an der Sitzung teilnahmen.

Frau Möllers verlas folgende Verpflichtungsformel:

„Ich verpflichte mich, dass ich meine Aufgaben nach bestem Wissen und Können wahrnehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes und die Gesetze beachten und meine Pflichten zum Wohle der Stadt Münster erfüllen werde.“

Die Verpflichtung erfolgte per Handschlag mit der Formel „ich verpflichte mich“.

Verpflichtet wurden Frau Liebrecht, Frau Schulte und Frau Häuser.

Des Weiteren fragte Frau Möllers, zu welchen Tagesordnungspunkten die Anwesenheit von Vertreter/-innen der Verwaltung gewünscht werde, um ggf. Fragen zu beantworten bzw. weitergehend Stellung zu nehmen. Herr Heinemann bat um Anwesenheit zum TOP 14. „HZE-Bericht 2012 – 2014, Hilfen zur Erziehung in Münster“. Zu allen anderen Tagesordnungspunkten wurde auf die Anwesenheit von Vertreter/-innen der Verwaltung verzichtet.

Sodann erkundigte sich Frau Möllers nach Änderungswünschen zur Tagesordnung.

Herr Stein beantragte, die Tagesordnung um den Punkt „Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen/ GAL vom 10.06.2015 „Kindertagesbetreuung in Kitas und Offenen Ganztagschulen sicherstellen“ – Antrag zur sofortigen Beschlussfassung“ zu erweitern (§ 14 Abs. 3 i.V.m. § 29 Geschäftsordnung des Rates). Der Antrag wurde einvernehmlich angenommen. Es wurde festgelegt, den Tagesordnungspunkt 1. „Eingegangene Anträge und Eingaben“ wie folgt zu erweitern:

1.1. Eingegangene Anträge an den Rat

1.2. Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen/ GAL vom 10.06.2015 „Kindertagesbetreuung in Kitas und Offenen Ganztagschulen sicherstellen“ – Antrag zur sofortigen Beschlussfassung

Frau Schulze Wintzler beantragte, die Vorlage V/0440/2015 „Erstattung anteiliger Elternbeiträge für streikbedingte Schließungstage im Jahr 2015“ (TOP 10.) in dieser Sitzung zu beraten, aber ohne Beschlussfassung zu schieben. Dies gelte auch für dazu vorliegende Anträge. Es erhob sich kein Widerspruch.

Weitere Änderungswünsche zur Tagesordnung gab es nicht.

Punkt 1 der Tagesordnung	Eingegangene Anträge und Eingaben
---------------------------------	------------------------------------------

Punkt 1.1 der Tagesordnung	Eingegangene Anträge an den Rat
-----------------------------------	----------------------------------------

Allen Ausschussmitgliedern war vorab folgender Antrag an den Rat übersandt worden:

- Antrag der CDU-Fraktion vom 28.04.2015 „Ein Onlineportal für Kinder und Jugendliche“, A-R/0027/2015

Den Antrag hat der Rat in seiner Sitzung am 06.05.2015 an den Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familien verwiesen.

Punkt 1.2 der Tagesordnung	Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen/ GAL vom 10.06.2015 „Kindertagesbetreuung in Kitas und Offenen Ganztagschulen sicherstellen“ – Antrag zur sofortigen Beschlussfassung
-----------------------------------	-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Herr Stein stellte für die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen/ GAL folgenden Antrag zur sofortigen Beschlussfassung:

„Die Verwaltung wird beauftragt,

unverzüglich ein Konzept für die Sicherstellung der Betreuung an streikbedingten Schließungstagen zu entwickeln, das auch für die Zukunft greift.“

Er begründete den Antrag und insbesondere die Dringlichkeit.

Herr Paal nahm zu dem Antrag eingehend Stellung. Er erläuterte insbesondere die von der Verwaltung bereits geprüften oder noch in der rechtlichen und tatsächlichen Prüfung befindlichen Schritte. Frau Pohl ergänzte die Ausführungen von Herrn Paal.

Nach eingehender Diskussion änderte Herr Stein den Antrag wie folgt ab:

„Die Verwaltung wird beauftragt,

unverzüglich ein Konzept für die Betreuung an streikbedingten Schließungstagen zu entwickeln, das auch für die Zukunft greift.“

Er begründete die Änderung damit, dass mit dem Antrag keine Kritik am bisherigen Verwaltungshandeln verbunden sei, sondern der Wunsch nach einer Weiterentwicklung, beispielsweise unter Einbeziehung des Jugendamtselternbeirats.

Schließlich ließ Frau Möllers über den geänderten Antrag abstimmen.

Der Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familien beschloss mit 9 Ja-Stimmen (SPD, Bündnis 90/ Die Grünen/ GAL, DIE LINKE., freie Träger) und 6 Nein-Stimmen (CDU, FDP, freie Träger):

„Die Verwaltung wird beauftragt,

unverzüglich ein Konzept für die Betreuung an streikbedingten Schließungstagen zu entwickeln, das auch für die Zukunft greift.“

Punkt 2 der Tagesordnung

Berichte und Mitteilungen

Frau Pohl teilte mit:

- Als Tischvorlage lag allen Ausschussmitgliedern der Bericht über den Stand der vorliegenden Anträge an den Rat der Stadt Münster für den Bereich der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe vor.

Frau Möllers bat die Ausschussmitglieder mit Hinweis auf den Antrag Nr. A-R/0046/2013 darum, sich für das unter „weitere Schritte“ genannte Hearing bereits den 24.09.2015 als Termin vorzumerken.

- Vor dem Hintergrund der Ereignisse beim Jugendamt Gelsenkirchen, über die kürzlich ausführlich in der Presse berichtet wurde, wies Frau Pohl darauf hin, dass das Amt für Kinder, Jugendliche und Familien in Münster keine Jugendlichen in stationärer Heimunterbringung im Ausland unterbringe. Diese Regelung gelte seit ca. 15 Jahren. Gründe hierfür seien die gut ausgebauten pädagogischen Einrichtungen der Jugendhilfe in Münster und bundesweit, die vom Amt für Kinder, Jugendliche und Familien der Stadt Münster belegt würden. Pädagogisches Ziel sei es auch, Jugendliche an ihrem Lebensort zu betreuen und den Kontakt zur Familie und Freunden aufrecht zu erhalten. 80 % der Kinder und Jugendlichen blieben in Münster. Darüber hinaus sei bei Auslandsmaßnahmen die Hilfeplanung, das fachliche Controlling und das Qualitätsmanagement erschwert und nicht ausreichend kontinuierlich sicherzustellen.

Punkt 3 der Tagesordnung

Anfragen von Ausschussmitgliedern

Anfragen von Ausschussmitgliedern lagen nicht vor.

Punkt 4 der Tagesordnung

Anliegen des Jugendrats

Anliegen des Jugendrats gab es nicht.

Punkt 5 der Tagesordnung**Vorstellung des Jugendamtselternbeirats**

Frau Möllers richtete zunächst den Dank des Stadtelternrates an den Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familien für die gute Zusammenarbeit aus. Anschließend bedankte sie sich im Namen des Ausschusses für Kinder, Jugendliche und Familien für das Engagement und die konstruktive Zusammenarbeit und würdigte den Stadtelternrat als starke Stimme für Eltern und Kinder in der Stadt Münster. Der Stadtelternrat hat sich am 12.05.2015 aufgelöst und den Stab an den JAEB weitergereicht.

Herr Elferich, Vorsitzender des Jugendamtselternbeirats (JAEB), stellte die rechtlichen Grundlagen, das Wahlverfahren und die Aufgaben des JAEB vor. Der JAEB bestehe derzeit aus 13 Personen, die die Interessenvertretung der Eltern von Kindern in Kindertageseinrichtungen wahrnehmen. Dabei sei auch die Beteiligung in verschiedenen Gremien (u.a. AG 78, Familienforum) hilfreich. Aktuell sei der Streik von Erzieher/-innen in städtischen Kindertageseinrichtungen und die damit für die Eltern verbundenen Schwierigkeiten ein Schwerpunktthema. Die Zusammenarbeit mit Politik und Verwaltung gestalte sich gut; hierfür sprach er allen Beteiligten seinen Dank aus.

Abschließend wies er auf die Neuauflage der Broschüre „Hurra, ich bin jetzt in der Kita!“ hin, die bundesweit Anerkennung gefunden habe. Für alle Ausschussmitglieder hielt er ein Exemplar der Broschüre bereit.

**Punkt 6 der Tagesordnung
V/0269/2015****Grundschulentwicklung im Stadtteil Wolbeck
hier: Erweiterung der Nikolaischule Wolbeck und
Raumprogramm für den Neubau eines zweizügigen
Grundschulgebäudes in Wolbeck (Errichtungsbe-
schlüsse für die Baumaßnahmen)**

Allen Ausschussmitgliedern lag als Tischvorlage ein Beratungsverlauf vor.

Es bestand Einvernehmen darüber, über den Beschlussvorschlag der Vorlage in der vom Ausschuss für Umweltschutz, Klimaschutz und Bauwesen geänderten Fassung abzustimmen.

Der Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familien beschloss einstimmig, dem Rat die Annahme des Beschlussvorschlags der Vorlage in folgender geänderter Fassung zu empfehlen (entspricht der Beschlussfassung des AUKB vom 09.06.2015):

Beschlussvorschlag:

„I. Sachentscheidung:

1. Dem als Anlage 1 beigefügten Raumprogramm für den Neubau eines zweizügigen Grundschulgebäudes in Wolbeck auf dem Grundstück Middelerstr./ Grenkuhlenweg (Lageplan s. Anlage 2) wird zugestimmt. **Das in der Anlage 1 beigefügte Raumprogramm wird um einen OGS/Betreuungsraum ergänzt. Der in der Anlage 3 vorliegende Grobkostenrahmen soll weiterhin als Grundlage zum Konzeptentwurf gelten.**

Bei den Planungen wird eine multifunktionale Nutzung der Räumlichkeiten sowohl für Unterricht, Offenen Ganzttag und Inklusion berücksichtigt.

2. Die Verwaltung wird beauftragt, zur Vergabe der Architektenleistungen für den Grundschulneubau ein VOF-Verfahren mit vorgeschaltetem Wettbewerbsverfahren vorzubereiten und den Beschluss zur Durchführung des Wettbewerbsverfahrens sowie anschließend den Baubeschluss herbeizuführen. **Bei der Planung soll die Möglichkeit bedacht werden, dass die Ausführung alternativ sowohl in konventioneller als auch in Systembauweise verwirklicht werden kann.**

3. Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass bei einer multifunktionalen Nutzung des Schulgebäudes an der Nikolaischule Wolbeck unter Berücksichtigung der beschlossenen Erweiterung um 2 Unterrichtsräume in Massivbau sowohl die Raumbedarfe einer vierzügigen Grundschule für den Unterricht als auch die Anforderungen für den Offenen Ganzttag und die Inklusion erfüllt werden.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, die Planung für die Erweiterung der Nikolaischule Wolbeck auf der Grundlage des mit der Vorlage V/0111/2015/1. Erg. „Schülerprognose für die städtischen Grundschulen und sich daraus ergebende Handlungsbedarfe“ beschlossenen Raumprogramms zu entwickeln und den Baubeschluss herbeizuführen.
5. Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass durch die steigenden Schülerzahlen und notwendigen Flächenausweitungen in den nächsten Jahren Anpassungen der Personalstunden für Schulsekretariate und Hausmeisterdienste im Rahmen der Stellenplanberatungen abzusichern sind.

II. Finanzielle Auswirkungen:

Zur Finanzierung der Sachentscheidung sind Planungsmittel im Haushaltsplan 2015 wie folgt veranschlagt:

Teilfinanzplan					
	Nr.	Bezeichnung	HHJahr	Betrag €	Bemerkungen
Produktgruppe	0301	Leistungen für Schulen			
Investitionsmaßnahme	4590	Erw. Grundschulen	2015	100.000	Planungsmittel u.a. für Erw. Nikolaischule Wolbeck und Neubau Grundschulgebäude Wolbeck-Nord

Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass voraussichtlich Investitionskosten für das beabsichtigte neue zweizügige Grundschulgebäude in Wolbeck (Ziffer 1) in Höhe von 8.760.000 € (Kostenermittlung s. Anlage 3) und für die bauliche Erweiterung der Nikolaischule Wolbeck um 2 Unterrichtsräume in Höhe von 710.000 € (Kostenermittlung s. Anlage 4) entstehen werden.

Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass die notwendigen Finanzmittel im Rahmen der Etatplanung für das Haushaltsjahr 2016 ff. zusätzlich bereitgestellt werden müssen.

Es wird zur Kenntnis genommen, dass mit diesem Beschluss eine haushaltmäßige Belastung der kommenden Jahre noch vor der eigentlichen Etatberatung für die Jahre 2016 ff. erfolgt.“

**Punkt 7 der Tagesordnung
V/0064/2015**

**Steuerung von Leistungen mit Bezug zu Aufgaben
für Arbeitssuchende (SGB II)
hier: Kooperations- und Vernetzungsbericht des
Planungsprozesses für 2015**

Der Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familien nahm den Bericht zur Kenntnis.

**Punkt 8 der Tagesordnung
V/0319/2015**

**Dauerhafte Erweiterung um drei Gruppen der DRK
Kita Meerwiese, Meerwiese 11, Münster-Coerde
- Baubeschluss -**

Der Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familien beschloss einstimmig, dem Ausschuss für Umweltschutz, Klimaschutz und Bauwesen die Annahme des Beschlussvorschlags der Vorlage zu empfehlen:

Beschlussvorschlag:

I. Sachentscheidung:

1. Der dauerhaften Erweiterung der Kita An der Meerwiese um drei Gruppen nach Plänen des Architekturbüros BM+P aus Düsseldorf wird zugestimmt (Anlage 1.1 – 1.5).
2. Der Planung und dem Bau der Freiflächenanlagen wird entsprechend dem Entwurf und den Erläuterungen des Amtes für Grünflächen und Umweltschutz zugestimmt (Anlage 2.1 – Plan, Anlage 2.2 – Erläuterungen).
3. Die Checkliste zur Berücksichtigung bauökologischer Kriterien wird zur Kenntnis genommen (Anlage 3).
4. Die Erläuterungen zur Berücksichtigung der Belange von Menschen mit Behinderungen werden zur Kenntnis genommen (Anlage 4).
5. Es wird zur Kenntnis genommen, dass mit dem Bau schnellstmöglich begonnen werden soll und die Fertigstellung voraussichtlich im Herbst 2016 erfolgen wird.

Es wird zur Kenntnis genommen, dass gemäß Kostenberechnung nach DIN 276 vom 20.05.2015 Investitionskosten für die Erweiterung einschließlich der notwendigen Umbaumaßnahmen im Bestand in Höhe von - 2.190.000 € entstehen (Anlage 5).

Außerdem entstehen Folgekosten in Höhe von 112.120 €/Jahr (Anlage 6).

III. Mittelbereitstellung/Finanzierung

Die oben genannte Sachentscheidung ist wie folgt finanziert:

Teilfinanzplan					
	Nr.	Bezeichnung	Haush.- jahr	Betrag €	Bemerkun- gen
Produktgruppe	0601	Förderung von Kindern in Tagesbetreuung			
	4830	Erw. Kita Meerwiese	2015 2016	2.000.000 300.000	außerplan- mäßige Mit- telbereitstel- lung in 2015 erfolgt
Summe aller Auszahlungen/Saldo				2.300.000	Projekt- budget

Teilergebnisplan					
	Nr.	Bezeichnung	Haush.- jahr	Betrag €	Bemerkungen
Produktgruppe	0111	Immobilienmanagement			
Zeile	13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	2016 ff.	41.810	Folgeaufwand
Zeile	14	Bilanzielle Abschreibungen	2016 ff.	29.250	Folgeaufwand
Produktgruppe	1601	Allgemeine Finanzwirtschaft			
Zeile	20	Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	2016 ff.	41.060	Folgeaufwand
Summe aller Aufwendungen/Saldo				112.120	

Die zur Finanzierung erforderlichen Ermächtigungen für 2016 sind im Haushaltsplan-Entwurf 2016 bei der o.g. Produktgruppe vorgesehen.

**Punkt 9 der Tagesordnung
V/0223/2015**

**1. Dauerhafte Übernahme der Trägerschaft der städtischen Kindertageseinrichtung Hornstraße
2. Einrichtung von Planstellen in städtischen Kindertageseinrichtungen**

Frau Pohl beantwortete die Fragen der Ausschussmitglieder.

Der Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familien beschloss einstimmig, dem Rat die Annahme des Beschlussvorschlags der Vorlage zu empfehlen:

Beschlussvorschlag:

I. Sachentscheidung:

1. Der Rat der Stadt Münster überträgt die bis 2016 befristete Trägerschaft für die städtischen Kindertageseinrichtung Hornstraße dauerhaft an die Stadt Münster.
2. Der Rat stimmt zu, dass die bisher befristet bis 2015 bzw. 2016 im Teilergebnisplan 0601 „Förderung von Kindern in Tagesbetreuung“ eingerichteten Planstellen für die städtischen Kindertageseinrichtungen wie folgt dauerhaft bzw. verlängert eingerichtet werden.
 - 2.1. Für die städt.Kita Hornstraße werden die bisherigen 14,17 Personalstellen dauerhaft eingerichtet.
 - 2.2. Für die Interimsmaßnahme im Pavillon-Gebäude der städtischen Kita Am Edelbach werden die bisherigen 2,77 Stellen befristet für drei weitere Jahre vorgesehen. Sollte der Betrieb am Standort vorher beendet werden, sind die Planstellen einzusparen, es sei denn sie werden im Zuge des Ausbaus der Kindertagesbetreuung für andere Standorte benötigt.
 - 2.3. Für die Interimsmaßnahme im Pavillon-Gebäude der Kindertageseinrichtung Wilkinghege werden für drei weitere Jahre die bisher 2,77 Planstellen benötigt. Sollte der Betrieb am Standort vorher beendet werden, sind die Planstellen einzusparen, es sei denn sie werden im Zuge des Ausbaus der Kindertagesbetreuung für andere Standorte benötigt.

II. Finanzielle Auswirkungen:

Ab Beginn des Kindergartenjahres 2015/2016 fallen für das Haushaltsjahr 2015 Personalkosten in Höhe von 381.855,00 € an. Für 2016ff. fallen Personalkosten p. a. von 939.363 € an. Dem stehen Erträge aus Zuwendungen des Landes (KiBiz) sowie aus öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelten (Elternbeiträgen) von für 2015 insgesamt 146.179 € für 2015 und 356.092 € für 2016f gegenüber.

III. Mittelbereitstellung / Finanzierung

Teilergebnisplan					
Erträge					
	Nr.	Bezeichnung	Haush. - jahr	Betrag €	Bemerkungen
Produktgruppe	060 1	Förderung von Kindern in tagesbetreuung			
Zeile	02	Zuwendungen und allgemeine Umlagen*	2015 2016f.	120.809 294.291	
	04	Öffentlich-rechtliche Leis- tungsentgelte*	2015 2016f.	25.370 61.801	
Aufwendungen					
	Nr.	Bezeichnung	Haush. - jahr	Betrag €	Bemerkungen
Produktgruppe	060 1	Förderung von Kindern in Tagesbetreuung			
Zeile	11	Personalaufwendungen**	2015 2016f.	381.855 939.363	
Saldo			2015 2016f.	235.676 583.271	

* Eine teilweise Refinanzierung der Personalaufwendungen für die städtischen Kindertageseinrichtungen erfolgt neben den Landeszuschüssen durch die Einnahme öffentlich rechtlicher Leistungsentgelte (Elternbeiträge). Die Höhe der öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelte (Elternbeiträge) ist von der Einkommenssituation der Eltern abhängig, deren Kinder die Kindertageseinrichtungen jeweils besuchen. Die o. g. Werte sind insoweit Ergebnis einer prognostischen Kalkulation.

** Personalaufwendungen für städtische Kindertageseinrichtungen. Im Gesamtansatz sind alle Personalaufwendungen der Abteilung Tagesbetreuung für Kinder enthalten (Pädagogisches Personal und Verwaltung). Bei der Vergabe der Einrichtung an einen freien Träger fielen entsprechende Aufwendungen im Rahmen der Betriebskostenzuschüsse an.

Bereits zu Beginn der Sitzung wurde einvernehmlich festgelegt, die Vorlage nach der Beratung ohne Beschlussfassung zu schieben.

Ebenso wurde vereinbart, über die vorliegenden Anträge nicht abzustimmen, da in den Fraktionen dazu noch Beratungsbedarf bestand.

Es ergab sich eine eingehende Diskussion. Herr Paal und Frau Pohl beantworteten dabei die Fragen der Ausschussmitglieder und nahmen zu den vorliegenden Anträgen Stellung.

Im Rahmen der Beratung beantragte Frau Schulze Wintzler für die SPD-Fraktion:

„Der Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familien möge beschließen:

Die Vorlage wird wie folgt geändert:

1. wie Vorlage
2. **(neu)** Die Verwaltung wird beauftragt, die Höhe der tatsächlich eingesparten Kosten zu ermitteln. Die nach Auszahlung des Erstattungsbetrages aus Punkt 1 verbleibenden eingesparten Kosten werden den städtischen Kindertageseinrichtungen und den Offenen Ganztagschulen für Investitionen und Qualitätsmaßnahmen zur Verfügung gestellt.
3. **(neu)** Die Verwaltung wird beauftragt, bis zum Beginn des neuen Schul- und Kindergartenjahres zur Verteilung der Mittel einen geeigneten Umsetzungsvorschlag zu machen. Über die Verwendung der Mittel entscheiden die Mitwirkungsorgane der Kindertageseinrichtungen und Schulen.
4. **(alt 2.)**“

Herr Stein beantragte für die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen/ GAL:

„Der Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familien/
Der Rat möge beschließen:

Die Vorlage wird wie folgt geändert:

1. **(neu)** Die Verwaltung wird beauftragt, die Höhe der tatsächlich durch den Streik eingesparten städtischen Aufwendungen zu ermitteln. Diese Mittel werden den städtischen Kindertageseinrichtungen und den Offenen Ganztagschulen für qualitätsverbessernde Maßnahmen zur Verfügung gestellt.
Über die Verwendung dieser Mittel entscheiden die Mitwirkungsorgane der Kindertageseinrichtungen und Schulen. Nicht in 2015 verausgabte Mittel können ins nächste Jahr übertragen werden.
2. **(neu)** Die Verwaltung wird beauftragt, bis zum Beginn des neuen Kindergarten- und Schuljahres einen geeigneten Verfahrensvorschlag zur Aufteilung dieser Mittel zu erarbeiten.
3. **(alt 2.)**“

Herr Schmanck informierte die Ausschussmitglieder über folgenden Antrag der Ratsgruppe Piraten/ ödp an den Rat:

„Kompensation von streikbedingten Aufwänden seitens der betroffenen Eltern“

Der Rat möge beschliessen:

1) Die Verwaltung wird beauftragt die tatsächliche Höhe der Einsparung durch streikbedingt geminderte Lohnkosten festzustellen.

Dabei sollen eventuelle zusätzliche Aufwände für die Notbetreuung verrechnet werden.

2) Die Verwaltung entschädigt die betroffenen Eltern anteilig an der in 1) ermittelten Summe. Der Anteil sei wie folgt definiert:

$$\frac{[\text{Anzahl Betreuungsausfalltage Individuell}] \times [\text{Summe aus 1}]}{[\text{Anzahl Betreuungsausfalltage Gesamt}]}$$

[Anzahl Betreuungsausfalltage Gesamt]

3) Empfänger von Transferleistungen erhalten die Kompensation aus 2) nicht unaufgefordert. Sie müssen tatsächliche Betreuungskosten nachweisen.

Zur Feststellung der individuellen Sachelage ist ein formloses Antragsverfahren anzubieten.“

Alle Anträge lagen als Tischvorlagen vor.

Im Ergebnis wurde die Vorlage ohne Beschlussfassung geschoben.

**Punkt 11 der Tagesordnung
V/0403/2015**

**Verfahren zum Antrag "Trägervielfalt sicherstellen -
Elterninitiativen unterstützen"**

Die Ausschussmitglieder begrüßten die Inhalte der Vorlage und bedankten sich für die nunmehr zügige Erstellung.

Der Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familien beschloss einstimmig:

I. Sachentscheidung:

1. Dem „Verfahren zur Verwendung der im Haushalt 2015 bereitgestellten Mittel für Elterninitiativen/Kindertageseinrichtungen in schwieriger finanzieller Situation“ (Anlage 1) wird zugestimmt.
2. Der Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familien nimmt zur Kenntnis, dass über eine mögliche Fortsetzung der finanziellen Unterstützung jeweils im Rahmen der Haushaltsberatungen zu entscheiden ist.
3. Darüber hinaus stimmt der Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familien der sofortigen Gewährung folgender finanzieller Unterstützung an zwei Elterninitiativen mit erheblichen Finanzproblemen zu:

Die Kindertageseinrichtungen der Elterninitiativen „Kleine Wiese e.V.“ und „K.E.K.K.I. e.V.“ erhalten antragsgemäß einen einmaligen Zuschuss in Höhe von jeweils maximal 15.000 € pro Kita aus den veranschlagten Mitteln.

II. Finanzielle Auswirkungen:

Die zur Finanzierung erforderlichen Mittel sind im Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2015 in Höhe von 100.000,00 € bei der u. g. Produktgruppe veranschlagt.

Teilergebnisplan					
	Nr.	Bezeichnung	Haush.- jahr	Betrag €	Bemerkungen
Produktgruppe	060 1	Kindertagesbetreuung			
Zeile	15	Transferaufwendungen	2015	100.000	

Punkt 12 der Tagesordnung V/0431/2015

Jugendrat der Stadt Münster – Umstellung der Jugendratswahl auf eine Onlinewahl – Änderung der Wahlordnung und Satzung

Zu dieser Vorlage ergab sich eine kontroverse Diskussion.

In Frage gestellt wurde einerseits die Sicherheit des Wahlverfahrens (freie und geheime Wahl); zum anderen sei die Erreichbarkeit des Ziels, Jugendliche an das auf Kommunal-, Landes- und Bundesebene praktizierte Wahlverfahren in Form des Urnengangs heranzuführen, nicht gewährleistet.

Herr Paal und Frau Pohl beantworteten die Fragen der Ausschussmitglieder und nahmen aus Sicht der Verwaltung Stellung. Frau Pohl wies darauf hin, dass eine Wahl nach dem bisherigen Verfahren aufgrund der begrenzten personellen Kapazitäten in diesem Jahr nicht mehr sichergestellt werden könne.

Frau Häuser erläuterte, dass der Jugendrat dem Verfahren im Ergebnis zugestimmt habe, da es wichtig sei, die Wahl noch in diesem Jahr durchzuführen. Viele Mitglieder des bisherigen Jugendrats, der bis zur Neuwahl im Amt bleibe, stünden bereits jetzt nicht mehr zur Verfügung, so dass sich die Arbeit aktuell als sehr schwierig gestalte.

Schließlich beantragte Frau Küppers „Schluss der Aussprache“ (Antrag zur Geschäftsordnung). Herr Schmanck erhob Gegenrede. Somit ließ Frau Möllers über den Antrag von Frau Küppers abstimmen. Dieser wurde mit 9 Ja-Stimmen (CDU, SPD, FDP, freie Träger) und 5 Nein-Stimmen (Bündnis 90/ Die Grünen/ GAL, DIE LINKE., freie Träger) bei einer Enthaltung (SPD) angenommen.

Sodann ließ Frau Möllers über den Beschlussvorschlag der Vorlage abstimmen.

Der Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familien beschloss mit 9 Ja-Stimmen (CDU, SPD, FDP, freie Träger) und 4 Nein-Stimmen (Bündnis 90/ Die Grünen/ GAL, freie Träger) bei 2 Enthaltungen (DIE LINKE., freie Träger), dem Rat die Annahme des Beschlussvorschlags der Vorlage zu empfehlen:

Beschlussvorschlag:

I. Sachentscheidung:

- I. Es wird beschlossen, dass der Jugendrat der Stadt Münster in einer Online-Wahl gewählt wird.
- II. Die „Satzung für die Wahl des Jugendrates der Stadt Münster (Wahlordnung Jugendrat)“ und die „Satzung für den Jugendrat der Stadt Münster“ vom 16.06.2010 werden aufgehoben.
- III. Die „Satzung für den Jugendrat der Stadt Münster I“ (Anlage 1) und die „Satzung für die Online-Wahl des Jugendrates der Stadt Münster – Wahlordnung Jugendrat“ (Anlage 2) werden beschlossen.
- IV. Die Verwaltung wird beauftragt, die Wahl des Jugendrates im Jahr 2015 auf der Grundlage der geänderten „Satzung für die Online-Wahl des Jugendrates der Stadt Münster – Wahlordnung Jugendrat“ durchzuführen.

II. Kosten/Folgekosten

Es wird zur Kenntnis genommen, dass bei einer Online-Wahl folgende Kosten entstehen:

- 0,25 Euro pro Wahlberechtigten. Bei einem Durchschnittswert von 14.700 wahlberechtigten Kindern und Jugendlichen zum Zeitpunkt der Wahl, belaufen sich die Kosten zur Durchführung der Online-Wahl bei der Firma POLYAS auf 3.675,00 Euro.

III. Finanzierung/Mittelbereitstellung

Über den bisher in der Produktgruppe 0602 – Kinder- und Jugendarbeit - bereit gestellten Ansatz müssen keine weiteren Mittel bereitgestellt werden.

**Punkt 13 der Tagesordnung
V/0351/2015**
**Kinder- und Jugendhilfereport des Amtes für
Kinder, Jugendliche und Familien für das
Jahr 2014**

Herr Kaiser führte aus, dass nach seinem Kenntnisstand einige Zahlen in dem Bericht zu korrigieren seien. Frau Pohl sah keine Korrekturen vor. Sie bat Herrn Kaiser darum, die Daten ggf. schriftlich zu benennen, damit die Verwaltung dies prüfen könne.

Die Beratung des Berichts erfolgt in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Kinder, Jugendliche und Familien am 02.09.2015.

Die Vorlage wurde eingebracht.

**Punkt 14 der Tagesordnung
V/0238/2015**
**HZE-Bericht Münster 2012-2014
Hilfen zur Erziehung in Münster**

Herr Materla beantwortete eingehend die Fragen der Ausschussmitglieder.

Der Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familien nahm den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 15 der Tagesordnung V/0349/2015	Erfahrungsbericht der Schwangerschaftsberatungsstellen im Stadtgebiet Münster und Bericht über die Entwicklung des Sonderfonds "Hilfen für Schwangere, Mütter und Kinder zum Schutz des ungeborenen Lebens" für die Jahre 2013 und 2014
--------------------------------------------------	------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Der Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familien nahm den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 16 der Tagesordnung V/0391/2015	Inklusion als Querschnittsthema der Kinder- und Jugendhilfe in Münster
--------------------------------------------------	-------------------------------------------------------------------------------

Herr Heinemann bat darum, die Informationen aus der Vorlage auch den Mitgliedern des Ausschusses für Schule und Weiterbildung zukommen zu lassen.

Der Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familien nahm den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 17 der Tagesordnung	Verschiedenes
----------------------------------	----------------------

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

Ende der öffentlichen Sitzung: 19.55 Uhr

gez.
Jutta Möllers
Vorsitz

gez.
Heike Dierks
Schriftführung